

Grün wird's
was mit Euch!

deshalb: wählen gehen
am 18. März

 **DIE GRÜNEN**

Liberté,

Egalité,

Dädarä

Liberté

Jugendzeitung der Nürnberger JungdemokratInnen 4. Jahrgang Ausgabe Winter 1990



Lieber grünrotes Chaos...

als ein Schwarzbraunes Nürnberg

Schwerpunktthema: Stadtratswahl

JungdemokratInnen



IMPRESSUM

Unsere Zeitung ist auf Umweltschutzpapier gedruckt, das im geschlossenen Wasserkreislauf hergestellt wird. Dieses Papier ist umweltfreundlich, da es mit wenig Wasser und Energie und mit geringer Abwasserbelastung aus 100% Altpapier produziert wird.

Redaktion und Layout: Stefan Pompl, Werner Schuler, Roland Steinmeyer, Jörg Krinke, Karsten Engelbrecht

Herausgeber: Jungdemokratinnen und Jungdemokraten KV Nürnberg, Spittlertormauer 5, 8500 Nürnberg 1, Tel. 0911/20 80 41

Bankverbindung: Postgiroamt Nbg. Kto. 13 0321-859, BLZ 760 100 85

Mailbox: Link-Nbg, Tel. 452777 (8n1, 300-2400 Baud), Empfänger: JUNGDEMOKRATEN_NBG

Aus allen anderen Z-Netz-Mailboxen: JUNGDEMOKRATEN_NBG@LINK-N.ZER

V.i.S.d.P.: Stefan Pompl, Spittlertormauer 5, 8500 Nürnberg 1

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers wieder, nicht unbedingt die der Redaktion.

© Jungdemokratinnen und Jungdemokraten Nbg.

EDITORIAL

Also, bevor sich wieder eine/r aufregt: Wir haben in unserem Impressum keine Frau.

Und zwar nicht weil wir auf einmal frauenfeindlich sind, sondern weil sich bei dieser Ausgabe keine Frau beteiligt hat. Wir sind dann halt so konsequent und nehmen nicht einfach eine Strohfrau ins Impressum, um dem linksalternativen Anspruch gerecht zu werden.

Also wer sich über uns aufregen will, soll das dann bitte *inhaltlich* tun.

Und wer was inhaltliches beizutragen hat, soll sich dann nicht zieren es auch zu tun, selbst wenn es mal keine Kritik, sondern ein positiver Beitrag ist. Darüber freuen wir uns nämlich noch mehr.

Die Liberta ist zwar eine Zeitung der JungdemokratInnen, das muß aber nicht heißen, daß alle RedakteurInnen JungdemokratInnen sind (und heißt es auch nicht).

Ansonsten wünschen wir natürlich wieder viel Spaß beim Lesen und frohe Ostern ...

Die Redaktion.

INHALT

Schluß mit der rot-grünen Mehrheit im Stadtrat ?	3
Interview mit Jürgen Wolf von den GRÜNEN	4
Filmkritik "Der Club der toten Dichter"	10
Libertate ?	11
Den Deserteuren im Krieg	13
... und doch noch das System überwinden ?	14
Gegen das geplante Gengesetz	15

Schluß mit der rot-grünen Mehrheit im Stadtrat ?

So schlimm wird es ja wohl (hoffentlich) nicht kommen, aber macht Euch mal bewußt was es bedeutet, falls doch. Stefan hat das Udenkbare gedacht.

Es wird wohl kaum noch zu verhindern sein, daß die REPs in den Nürnberger Stadtrat einziehen werden.

Bleibt nur noch zu hoffen, daß die Zahl ihrer Sitze sich in Grenzen halten wird. Die CSU wird es mit den auf Wahlplakaten so tranig blickenden Oscar Schneider wohl nicht schaffen großartig Stimmen zu gewinnen, aber wenn man sich das Ergebnis der letzten Europawahl ansieht, so hätte es für eine schwarz-braune Mehrheit gereicht. Und auch wenn die CSU hundertmal erzählt, daß sie mit den REPs nicht koalieren wird, so gibt es doch schon deutliche Worte seitens einiger CSUler, die eine Zusammenarbeit im Falle der schwarzbraunen Mehrheit wollen, z.B. im Bezug auf den Nelson-Mandela-Platz, den sie wieder umbenennen wollen.

In der Tat ist es eigentlich kaum abzusehen, was das alles Kaputt machen würde: soziokulturelle Einrichtungen, wie das KOMM und die Kulturläden, eine umweltgerechte Verkehrspolitik, mit der es zwar heute schon nicht so weit her ist, aber dann erst recht nicht, den sozialen Wohnungsbau, das Kno-

blausland, diverse Fraueinrichtungen, wie Wildwasser, FFGZ, etc. u.v.m. Ob sich die vielen kleinen Theater halten werden können, die die Stadt kulturell stark bereichern, ist auch sehr fraglich, wenn die städtischen Zuschüsse gestrichen werden. Der Alternativtopf wird leer sein und der Etat vom Jugendzentrum, untere Talgasse, wird auch nicht mehr ausreichen um ein attraktives Angebot machen zu können. Von dem was unsere ausländischen MitbürgerInnen zu ertragen haben werden, will ich erst gar nicht anfangen. Diese Liste könnte man unendlich fortsetzen. Die Stadt wäre nicht wieder zu erkennen. Das politische Klima würde wohl unerträglich werden.

Wir können Euch nur auffordern nicht CSU oder REPs zu wählen, wenn Ihr an einer weltoffenen, kulturell vielfältigen Stadt interessiert seid. Wir als radikaldemokratischer Jugendverband unterstützen eine Partei, die sich einsetzt für die Schaffung von Freiräumen für Jugendliche, den sozialen Wohnungsbau und für eine umweltgerechte Verkehrspolitik. AusländerInnen sollten nach

unseren Vorstellungen wählen dürfen. Eine Kulturmeile begrüßen wir nur dann, wenn andere stadtteilbezogene Projekte finanziell nicht darunter leiden. Dabei sind wir uns bewußt, daß Nürnberg sein kulturelles Angebot weiter ausbauen muß. Ein ganz wichtiges Problem unserer Stadt ist das des Mülls. Wir müssen getrennt Abfall sammeln um ihn dann wiederzuverwerten. Hierzu müßte die Stadt ggf. Extra-Müllbehälter zu Verfügung stellen. Aus der Müllverbrennung muß Nürnberg über kurz oder lang aussteigen, denn es hilft wenig, den Müll als Luftschadstoffe an die Umwelt abzugeben.

JAMMER!



JAMMERLAPPEN

Exklusivinterview mit Jürgen Wolf Stadtratsmitglied der Grünen

Jürgen Wolf (48), Ex-Malermeister und heutiger Verleger, kandidiert am 18. März 1990 wieder für die Grünen (Platz 6) für den Nürnberger Stadtrat. Grund genug für uns ihm einige Fragen zu Grünen Positionen und seiner Kandidatur zu stellen.

LIB: Für was wirst Du Dich ganz konkret einsetzen und was werden so Deine Arbeitsschwerpunkte sein, wenn Du in den Stadtrat gewählt wirst?

JW: Wenn ich reingewählt werde! Das ist richtig. Von Platz 6 muß man das erst einmal schaffen. Aber es besteht ja die Möglichkeit, daß ich vorgewählt werde. Meine Schwerpunkte werden wohl die gleichen sein wie zur Zeit, also Schul-, Kultur- und Personalpolitik. Des weiteren bin ich noch im Vergabeausschuß und in der Sportkommission, in der mir die Arbeit großen Spaß macht. Wir hatten Anfang der Periode '84 eine ziemlich sportfeindliche Haltung eingenommen, was ich für falsch halte. Das wurde in der Zwischenzeit auch wieder zurückgenommen, weil Freizeitsport, nicht Leistungssport, für mich ein Teil unseres Lebens und unserer Lebenskultur ist und man nicht so tun kann als ob uns das überhaupt nichts angeht. In Nürnberg sind schließlich weit über 100.000 Menschen in knapp 200 Vereinen organisiert. Wir haben uns aber immer gegen die Förderung des Leistungssports ausge-

sprochen und das wird auch weiterhin so bleiben.

LIB: Welche verkehrspolitischen Ziele haben die Grünen für die nächste Legislaturperiode?

JW: Auf jeden Fall die weitere Sperrung von wichtigen Durchfahrtsstraßen in der Altstadt, wie z.B. die Kurt-Schuhmacher-Str. Wir haben auch schon einen Prüfungsauftrag 'rausgelassen, da dies z.Zt. noch die einzige West-Ost-Verbindung ist. Die Altstadt muß dringend vom Verkehr entlastet werden. Wir müßten auch die Durchfahrt am Heilig-Geist-Spital sperren, so daß nur noch das Karstadt-Parkhaus erreichbar ist. Es erweist sich immer mehr als richtig, daß nur noch mit radikalen Einschnitten einigermaßen erträgliche Verkehrsgebiete geschaffen werden können.

Dann der Rückbau von Straßen. Mir schwebt vor, daß man die großen Verkehrsachsen um den Ring herum einfach von vier auf zwei Spuren reduziert, um den Verkehr zu behindern. Dabei ist mir klar, daß dies ein unheimlich schwerer Brocken ist.

Natürlich erfordert so ein Straßenabbau ein großzügig ausgebautes Nahverkehrsnetz

Wie funktioniert das eigentlich bei der Stadtratswahl?

Am 18. März ist Stadtratswahl. So ganz einfach scheint die Sache mit den Stimmzetteln ja nicht zu sein. JedeR hat nämlich 70 Stimmen, die er/sie quer über alle Listen und Parteien verteilen darf. Natürlich könnt Ihr auch einer Partei alle 70 Stimmen geben, aber der besondere Reiz bei der Stadtratswahl ist ja, daß mensch die Reihenfolge der KandidatInnen innerhalb einer Partei-Liste noch verändern könnt, indem Ihr KandidatInnen eine, zwei, drei Stimmen gebt oder sogar streicht. Theoretisch könnte also jemand der auf der Liste der Grünen auf Platz 49 (54 aber die AusländerInnen dürfen ja leider nicht) kandidiert (Stefan P.) in den Stadtrat kommen, indem Ihr alle die ersten 48 Kandidaten streicht und Platz 49 drei Stimmen gebt (wehe). **Stefan P.**

aber keinesfalls etwa den Weiterbau der U2. Für das Geld das dann für die U-Bahn ausgegeben würde, könnte man ein weitverzweigtes Straßenbahnnetz in Nürnberg bauen um die Wohngebiete engmaschiger anzubinden. Die U-Bahn ist zwar wesentlich schneller und transportiert eine unglaubliche Menge an Menschen, aber die Schnelligkeit führt dazu, daß die Wege zu den Verkehrsmitteln länger werden, was die Zeitersparnis wieder kompensiert.

LIB: Wie kam denn Wöhrl zu der Genehmigung für das Parkhaus mitten in der Altstadt? Das steht doch wohl eindeutig im Widerspruch zur Grünen Verkehrspolitik.

JW: Es war ein Versäumnis von uns dies am Anfang dieser Legislaturperiode zu verhindern und so hat das damals die SPD zusammen mit der CSU beschlossen - Verkehrspolitisch eine völlige Idiotie.

LIB: Die Grünen plakatieren: Das Knoblauchsland braucht Freundinnen und Freunde. Um was geht es hierbei?

JW: Es gibt da ein SPD-Kartell der OBs aus Nürnberg, Fürth und Erlangen, die nach ihrer wirtschaftspolitischen Auffassung der 50er Jahre, einfach weitere Gewerbeflächen bereitstellen, wenn sich Firmen ansiedeln wollen. Das hat eindeutig Wahlkampcharakter, da sie sich als wirtschaftsfreundliche Partei

darstellen wollen. Tatsache ist, daß jetzt schon 1600-1700 ha Gewerbefläche im Flächennutzungsplan ausgewiesen sind, die nur zu 2/3 bebaut sind. Da ist aber das Knoblauchsland noch nicht dabei. D.h. wir machen den gleichen Fehler wie in den vergangenen Jahrzehnten,



Jürgen Wolf

nämlich daß wir Flächen - weil es halt so schön leicht ist - die bis jetzt landwirtschaftlich genutzt werden dem Gewerbe zur Verfügung stellen um dadurch vermeintlicherweise die Betriebe williger zu machen sich dort anzusiedeln. Mit einer aktiven Wirtschaftspolitik sollte die Stadt lieber die 1700 ha der unbebauten Flächen nutzen. D.h. daß die Stadt Flächen aufkauft, v.a. Schlüsselflächen, um dann nachher manche Flächen zusammenzulegen oder durch Tausch wieder andere Flächen erwirbt, die Wirtschaftsbetriebe ansiedeln läßt und daß nicht noch mehr Bodenfläch-

en versiegelt werden. Trotz des angeblich ökologischen Bewußtseins wird in der BRD jährlich eine Fläche wie der Bodensee zubetoniert. Aber nicht nur die Ökologie spielt hier eine Rolle, sondern auch die Infrastruktur. Wenn ca. 20000 Arbeitsplätze geschaffen werden sollen, dann bedeutet das eine völlig neu aufzubauende Verkehrsinfrastruktur, eine Gesamtstruktur mit Schulen, Kindergärten, Gesundheitswesen, etc. Mit den Betrieben ist es nicht getan. Es würde einen Bevölkerungszuwachs mit allen daran anknüpfenden Problemen geben. Deshalb sind wir der Meinung, die Fläche muß auf jeden Fall als grün- oder landwirtschaftliche Fläche erhalten bleiben und es darf nicht noch ein weiterer Schritt unternommen werden diese zu versiegeln, zumal es bis jetzt auch überhaupt kein Verkehrskonzept gibt. Ein Beispiel ist die Ansiedlung von Staedtler an der Erlangerstraße: Da es keine leistungsfähigen öffentlichen Verkehrsmittel gibt hat man gleich wieder die üblichen Parkplatzprobleme. Es werden Probleme auftauchen, die nicht mehr bewältigbar sind. Unsere eindeutig klare Haltung: Knoblauchsland - Finger weg!

LIB: Zum Thema Industrieansiedlung: Das kulturelle Angebot einer Stadt wird ja auch zunehmend zum Standortfaktor. Wie stehst Du eigent-

lich zu Schönleins Tick, der Kulturmeile?

JW: Ich hab nichts dagegen, daß man sich darüber Gedanken macht. Aber letztens ist die Kulturmeile - nach heutigen Erkenntnissen - nichts weiter als eine riesengroße Seifenblase. Die Kulturmeile ist lediglich von Schönlein im ersten OB-Wahlkampf ins Gespräch gebracht worden. Sie ist eine Zielsetzung, die bis heute noch nicht mit irgendeinem Inhalt gefüllt ist, obwohl ein Wettbewerb stattgefunden hat und die CSU jetzt versucht der SPD ein bisschen das Wasser abzugraben mit dem Geschenk der "neuen Sammlung". Die neue Sammlung ist ein Museum in München für Gebrauchskunst und Design das unter Platznot



VERLEGER

leidet. Aber selbst dazu ist noch nichts entschieden. Und dann geistert ja dauernd das Museum für zeitgenössische Kunst herum, obwohl noch kein einziges Wort darüber gefallen ist, wie das aussehen soll, wieviel Geld dafür vorhanden ist u.s.w. Schönlein streitet sich nur permanent um den Standort. Generell sind wir nicht dagegen, daß Überlegungen angestellt werden, was kulturell passiert. Es gibt ja schon viel auf der Kulturmeile was letztlich nichts neues ist. Wo wir der SPD die Hosen runterziehen wollen ist, daß sie endlich sagen müssen, was sie unter der Kulturmeile verstehen. Was mit uns nicht in Frage kommt ist eine Konkurrenz zur Staatsgalerie in Stuttgart, dem Museum Ludwig in Köln oder der alten und neuen Pinakotek in München. Wir wollen kein Museum, mit dem wir vielleicht nach 15 oder 25 Jahren vielleicht mal einen Picasso oder van Gogh kaufen können, um den dann als Attraktion zu zeigen. So etwas können und sollten wir gar nicht leisten, weil es von dieser Art Museen genug gibt. Wer sich so etwas anschauen will kann auch nach München fahren. Wir müssen zusehen, daß wir Attraktionen, die hier selbst entstehen zeigen können.

LIB: Es gibt ja auch Pläne, den Schlachthof in ein Freizeit- und/oder Kulturzentrum umzuwandeln. bzw. das

ehemalige Heizwerk der Bundesbahn hinterm Bahnhof in einen "Kulturmeiler" umzufunktionieren. Wie steht Ihr denn zu solchen Ideen?

JW: Ich habe dazu noch keine kompetente Aussage seitens der SPD gehört. Es hat mal vor Weihnachten eine Diskussion im KoRo gegeben, wo die SPD kurioserweise nicht einen Kulturpolitiker, sondern ein Mitglied des Rechts- und Wirtschaftsausschusses hingeschickt hat und zwar den Pfleger des Schlachthofes. Der wußte gar nicht, was die überhaupt wollen. Unter einer Spielstätte für Musiker konnte er sich absolut nichts vorstellen. "Wir brauchen auf jeden Fall einen Schlachthof", war seine Aussage.

Das Heizwerk hinterm Bahnhof ist schon in den Architekturwettbewerb zur Umgestaltung des Platzes hinterm Bahnhof mit als möglicher Standort ausgewiesen worden. Es gibt nur Probleme mit der Bundesbahn, weil sie die Eigentümerin des Geländes ist.

LIB: Aber die Bundesbahn scheint doch an einem Verkauf interessiert.

JW: Das sind aber auch nur Gerüchte. Ich fände das ehemalige Heizwerk jedenfalls eine ideale Möglichkeit, da es zentral liegt, die Anbindung an öffentliche Verkehrsmittel gut ist und die Wohnbebauung gering.

Der Schlachthof wäre aber

genausogut. Da die Flächen dort ganz gewaltig sind (4,5 ha), wird man sicher nicht alle Gebäude nutzen können. Ich könnte mir vorstellen, daß sich da mittlere oder kleine Betriebe ansiedeln und trotzdem ein Freizeit- und Kulturzentrum gebaut wird.

LIB: Aus eigener Erfahrung wissen wir, daß es z.Zt. gerade auch für Jugendliche schwer ist, eine Wohnung zu finden. In der AZ stand etwas davon, daß die Grünen angeblich über 3000 Wohnungen verhindert hätten. Was ist daran wahr und welche Konzepte haben die Grünen um das Wohnungsproblem zu lösen?

JW: Das einzige, was daran stimmt ist, das wir den Bebauungsplänen nicht zugestimmt haben, aber aus den unterschiedlichsten Gründen. In Großreuth z.B. waren auf einer riesigen Fläche 400-500 Einfamilienreihenhäuser geplant und wir sind eben der Meinung, daß der Grund und Boden der Stadt Nürnberg einfach zu kostbar ist, um ihn in Einzelparzellen aufzuteilen. Es gibt in der Zwischenzeit eine sehr gute Architektur, die ein verdichtetes Bauen, d.h. mehr Wohnfläche pro qm Grundfläche mit durchaus hochwertigen Wohnungen, ermöglicht. Wir haben aber auch viele Bebauungsplanverfahren getragen. Verhindert haben wir keine einzige Wohnung, denn wenn wir dagegen gestimmt haben,

dann ist es mit Hilfe von SPD und CSU ohnehin gelungen das Verfahren durchzubringen. Ich halte das für eine reine Wahlkampfarithmetik. Was wir in erster Linie wollen ist, daß der öffentliche Wohnungsbau stärker gefördert wird. Dem haben wir auch zugestimmt, wobei man auch klar sehen muß, daß die Stadt Nürnberg bestenfalls die Spitzenfinanzierung mittragen kann und das sind höchstens 5-8% der gesamten Baukosten.

Neulich hat die SPD jedoch wieder so einen Hammer losgelassen: Wir haben am 28.9.89 beantragt, daß eine Altbaurecycling-GmbH gegründet wird. D.h., daß diese zusätzliche Wohnungsbaugesellschaft Altbauten saniert, um diese dann nicht in Eigentumswohnungen umzuwandeln, sondern Miet- oder Sozialwohnungen daraus macht. Im Dezember meinte der Wirtschaftsreferent, daß

dieser Antrag einen solch hohen Abstimmungsbedarf hat, daß er vorerst im Ausschuß nicht behandelt werden kann. Mitte Februar kam die SPD mit dem gleichen Antrag, nur daß die nicht eine eigene Gesellschaft wollten, sondern diese Aufgabe der WBG übertragen werden sollte. Die SPD hatte schon acht Tage später eine Antwort. Dazu muß man natürlich sagen, das der Wirtschaftsreferent von der SPD ist.

Die Bebauungspläne müssen auf jeden Fall beschleunigt werden, aber man muß aber ganz klar sagen, daß der Wohnungsbau nicht von der Stadt allein geleistet werden kann. Das ist Aufgabe von Privatinvestoren und der städtischen Wohnungsbaugesellschaft, aber wenn die WBG 1000 Wohnungen im Jahr baut, dann ist das viel. **LIB:** Die Bildungspolitik ist ja überwiegend Ländersache,



LEITENDER ANGESTELLTER

aber auf die städtische Schulen kann die Stadt natürlich Einfluß nehmen. Welche Ziele haben die Grünen in diesem Bereich, v.a. zur Demokratisierung der Schule? **JW:** Es gibt z.Zt. ein Papier von der Schulverwaltung aus dem eine stärkere Einbindung der SMVen hervorgeht. Aber ihr wißt ja aus leidvoller eigener Erfahrung, daß sich da kaum etwas ändern läßt. Wir sind gegen die Zensur von SchülerInnenzeitungen und für eine stärkere Einbindung der SMVen und der Eltern. Des weiteren fordern wir, daß Schulleiter gewählt werden und falls die gesetzlichen Voraussetzungen dafür nicht gegeben sind, dann müssen diese eben geschaffen werden. Die Personalpolitik in diesem Bereich ist sowieso eines der schlimmsten Dramen. Aber auch die ökologische Frage muß in den Schulen mehr in den Mittelpunkt gerückt werden, z.B. die Abschaffung der Einwegverpackungen in den Schulen. Es gibt viele Möglichkeiten die Erziehung zur Ökologie stärker einzubringen, auch in den Lehrplan. Wir wollen die Einführung des freiwilligen 10. Schuljahres an den Hauptschulen, erstmal als Schulversuch und wir wollen die Möglichkeit des Übertritts ans Gymnasium noch im 6. Schuljahr ermöglichen, um die Auslese zu reduzieren. Die Öffnung der Schule als Ganztagschule ist ein weit-

eres Ziel, hier soll ab Sept. '90 ein Versuch laufen, auch wenn die SPD da nicht mitmachen wollte. Es sollte noch mindestens eine Gesamtschule in Nürnberg geben und die LehrerInnenfortbildung sollte stärker gefördert werden. **LIB:** Eine Frage noch zur neuen Schul- und Kulturreferentin. Im Grünen Blatt steht, daß ihr die Frau Vorbeck unterstützt habt. Sie scheint aber doch ziemlich Kulturlastig zu sein und hat doch auch offen zugegeben, daß sie von Schulpolitik keine Ahnung hat. Warum unterstützt ihr sie? **JW:** Weil sie eine ganz hervorragende und fachlich höchstqualifizierte Frau in kultur- und gesellschaftspolitischer Hinsicht ist. **LIB:** Ja, aber nur auf diesem Bereich. **JW:** Was heißt hier nur? Ich finde einen solchen Ansatzpunkt in dieser Diskussion völligen Unsinn. Herrmann Glaser war Lehrer und er ist der Schul- und Kulturreferent geworden und hat nach seinem Gewaltakt mit der Gesamtschule Langwasser in den letzten 10-15 Jahren in der Schulpolitik nichts mehr auf die Beine gebracht. Warum sollte dann Frau Vorbeck, die keine Lehrerin ist, nicht durchaus eine hervorragende Schulpolitik machen können? Wenn jemand behauptet, daß nur Lehrer eine gute Schulpolitik machen können, da kann ich ja nur

in Lachen ausbrechen.

LIB: Stichwort "Republikaner": Es läßt sich wohl nicht vermeiden, daß die REPs in den Stadtrat einziehen werden. Hältst Du eine schwarz-braune Mehrheit für möglich und falls nein, welche Gefahren siehst Du dann in den REPs im Stadtrat?

JW: Wenn es eine stabile Mehrheit von Rot und Grün gibt, wovon ich ausgehe, dann sehe ich in den "Republikanern" erstmal grundsätzlich keine politische Gefahr. Ich glaube wir müssen das Thema ein bisschen gelassener angehen. Zur Zeit ist die Situation ja so, daß die "Republikaner", egal ob die ein Programm haben oder ob die überhaupt Leute haben, die kandidieren, einfach gewählt werden. Viele sind mit dem Geschehen in der BRD unzufrieden und wählen dann aus Protest Republikaner. Aber natürlich auch, und das zeigen auch die Wahlanalysen, aus Not. Das sind Leute, die eindeutig von Existenzängsten bedroht sind, Leute, die nicht so eine hervorragende Schul- und Berufsausbildung haben, die tatsächlich die Befürchtung haben, daß sie im sozialen Netz durchfallen. Aber jetzt erst einmal zu den Folgen der "Republikaner" im Stadtrat: Ich sage das jetzt mal in Anführungszeichen: Ich wäre in Teilbereichen sogar froh, wenn die "Republikaner" drin wären und versteht das jetzt bitte richtig, ich bin nicht

froh, daß es die REPs gibt. Mir wäre es natürlich am liebsten sie sind nicht drin, aber so wie die Situation ist, wird es sich gar nicht vermeiden lassen. Aber ich bin der Meinung, daß dann auch klarere Verhältnisse herrschen würden. Denn es gibt in der CSU Leute, mit denen ich die Erfahrung gemacht habe, daß die wirklich auf dem rechtsradikalen Trip sind, die z.B. eine unglaubliche Frauenfeindlichkeit haben oder gegen Minderheiten jeglicher Art sind, ob das nun Schwule, Lesben, Sinti oder sonstige sind. Die immer wieder mal so rechtsradikale Sprüche loslassen, um sich dann wieder unter das liberale Federkleid der Mutter CSU zurückzuziehen. Und ich hoffe, daß die CSU durch einen Einzug der REPs in den Stadtrat gezwungen wird sich, wie z.B. zum Ausländerwahlrecht, klarer zu artikulieren. Wenn die Republikaner die CSU nämlich herausfordern indem die REPs ihre rechtsradikalen Parolen rauslassen, dann wird die CSU auch gezwungen sein sich ganz knallhart davon zu distanzieren, was sie ja bis jetzt nicht machen. Ein bezeichnendes Beispiel war eine Podiumsdiskussion im Sigena-Gymnasium in der der Geschäftsführer der CSU-Stadtratsfraktion gefragt worden ist, ob sie denn mit den "Republikanern" zusammengehen würden. Der hat das nicht eindeutig demen-

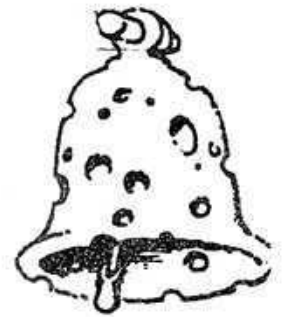
tiert und nie gesagt, daß sie jede Zusammenarbeit mit den "Republikanern" ablehnen, sondern er hat immer versucht sich rauszureden. Er hat gesagt, daß sie zwar keine Zusammenarbeit wollen, aber was sie denn dafür könnten wenn die REPs bei bestimmten politischen Fragen genauso wie die CSU abstimmen würden. Das war für mich kennzeichnend. Insofern kann es wohl ganz dienlich sein, daß die REps in den Stadtrat kommen, gerade um die politischen Konturen im reaktionär-konservativen Bereich besser herauszuarbeiten. Ich habe aber überhaupt keine Angst davor, daß sich die "Republikaner" langfristig verfestigen, sei es im Stadtrat oder in Länderparlamenten wie in Berlin. Denn die REPs haben ja überhaupt keine politische Linie, die die Probleme auf irgendeine Weise lösen könnten. Ich ziehe da Parallelen mit der NPD der 60er Jahre. Es wird sich nämlich sehr schnell herausstellen, daß außer Dampf und Marketing von rechten Sprüchen nichts dahinter steht. Ich glaube, daß das so mehr oder weniger funktionierende System bei uns damit fertig werden kann. Ich bin also gedämpft optimistisch.

LIB: Zum Abschluß: Für wie realistisch hältst Du noch das Ausländerwahlrecht?

JW: Zur Zeit halte ich die Einführung des Ausländer-

wahlrechts nicht für möglich, da es hierzu eine negative Eilentscheidung des Bundesverfassungsgerichts gegeben hat. Es müsste erst auf Bundesebene etwas geschehen oder einige Ländergesetzgebungen geändert werden, sodaß es denn machbar wäre. Aber das hindert uns ja nicht daran das Ausländerwahlrecht kompromißlos zu fordern. Kurzfristig ist es sicherlich nicht umsetzbar.

LIB: Wir bedanken uns für dieses Gespräch und wünschen viel Erfolg bei der Wahl.



KÄSEGLOCKE

Filmkritik

Der Club der roten Dichter.
Spielfilm von Peter Weir.
USA 1989; Farbe; 124 Min.

Peter Weir ist zurück. Der Regisseur von oscarprämiierten Filmen wie "Der einzige Zeuge" (mit Harrison Ford und Kelly McGillis) ist wieder in Höchstform. Nachdem sein Austeigermovie "Mosquito Coast" in den Kinos ziemlich sang und klanglos unterging, hat Peter Weir wieder zu seinem deutlich erkennbaren Stil zurückgefunden. Mit klaren - manchmal fast hymnischen Bildern zieht Weir den Zuschauer von der ersten bis zur letzten Minute in den Bann seiner Geschichte.

Mit "Der Club der toten Dichter" entstand ein zugleich komisches als auch tragisches Meisterwerk, das von der US-Presse überschwänglich gelobt wurde. Im Mittelpunkt steht ein Internat in den Hügeln Vermonts, ein Internat vornehmlich für die Söhne der Herrschenden, denen *Tradition, Honour, Discipline* und *Excellence* als zentrale Lebensphilosophie eingerichtet werden soll. Nicht die Kreativität und Individualität der Jungen, sondern die Angepaßtheit, der Verlust einer Identität wird gefördert. Mitten in diese abgestümpfte, verstaubte und scientisti-

ROBIN WILLIAMS DER CLUB DER TOTEN DICHTER

EIN FILM VON PETER WEIR

sche Welt des Internatsjungen setzt der Regisseur Weir den Englischlehrer Keating (Robin Williams in einer phantastischen Rolle, die sicher bald Oskar-prämiiert werden wird!), dem die Philosophie des Internats zuwider ist. Er lehrt seine Zöglinge zum genauen Gegenteil. Sie sollen ihre Individualität ausleben, den Tag nutzen, anstatt alte unbrauchbare Formeln zu lernen. "Carpe Diem - pflücke (nutze) den Tag", das ist der Leitspruch Keatings. Ein kleines Grüppchen von Keating-Anhängern, die sich mit seiner Lebensphilosophie ganz und gar identifizieren können, gründet daraufhin einen Club, - den "Club der toten Dichter". Treffpunkt dieses von der Internatsleitung verbotenen Clubs ist eine alte Höhle in der Nähe der Schule. Dort lesen die Zöglinge Keatings Gedichte, reden über Wünsche, Ängste, Hoffnungen und Träume. So gelingt es auch einigen der Jungs, ihre Ziele zu verwirklichen. Knox Overstreet schafft es, das Herz seiner angebeteten

Gloria zu gewinnen und Todd Anderson beginnt in der Gemeinschaft der Jungen seinen Minderwertigkeitskomplex gegenüber anderen in den Griff zu bekommen. Neil, ein weiterer Schüler Keatings, zerbricht allerdings an seinem Traum. Er möchte unbedingt als Schauspieler debütieren, was ihm sein kleinbürgerlicher Vater, der nur nach Normen denkt, stikt verbietet. Als Neil sich mit Hilfe Keatings über die erhobene Hand seines Vaters hinwegsetzt, beschließt dieser, seinen Sohn aus dem Internat, und damit aus dem Einflußbereich seiner Freunde und Keatings herauszunehmen. Neil schafft es nicht, dies zu verarbeiten und zieht für sich die Konsequenz: Den Selbstmord.

Daraufhin bricht der Konflikt mit der pruden und stockkonservativen Gesellschaft der damaligen Zeit offen aus.

Karsten E.

Libertate ?

"Das Land blutet, aber es ist frei", die Schandflecken, die dem Ceaucescu-Regime zu verdanken sind, werden nach und nach beseitigt. "Mit der Versorgung klappt: Sogar Zitrusfrüchte werden verkauft"; "Neue Führung Rumäniens offiziell anerkannt und breit unterstützt"; "Sympathie und Bewunderung für das Volk".

"Sogar Zitrusfrüchte"

Die Schuldigen werden bestraft, die Lage normalisiert sich, die Leute kehren zurück zu ihren Arbeitsplätzen. Das besagen die Schlagzeilen der meisten rumänischen Zeitungen. Alles scheint unter dem Motto zu stehen "Wir haben gesiegt! Uns wird es dank der Front der Nationalen Rettung (FNR) bald gut gehen". Wie es auf den Straßen tatsächlich aussieht erfährt man aus den Zeitungen nicht. Die Läden sind genauso leer wie vor der Revolution, obwohl der Export von Nahrungsmitteln angeblich gestoppt worden ist. Die Hilfsgüter, die aus der ganzen Welt kamen, wurden teilweise ungerecht verteilt (Hauptsächlich an deutschstämmige Rumänen) oder sie verderben in den Lagern. Es wird immer noch demonstriert, diesmal aber gegen Ilescu und seine FNR u.a. weil ehemalige Ceaucescu-An-

hänger immer noch Spitzenpositionen einnehmen. Solche Demonstrationen, in denen vor allem die Forderung nach Aufklärung und einer echten Demokratie laut wird, werden von vornherein als konterrevolutionär und faschistisch abgetan, ähnlich wie in den letzten Tagen der Ceaucescu-Ära, als die Unruhen im Banat begannen. Was man ebenfalls nicht aus den Medien erfährt ist, daß Telefone abgehört werden und gespitzt wird, daß Verfolgungen, Repressalien wieder "in" sind. Dafür werden aber die Zeitungen mit Artikeln über die Verbrechen des Ceaucescu-Regimes und vor allem mit Aufrufen, Kommuniqués, Dekreten... der FNR gefüllt. Die FNR, die sich ursprünglich nicht als Partei dargestellt hat, setzte sich Anfang Januar mit Hilfe von "Dekretgesetzen über die Bildung, Organisation und Arbeitsweise der Regierung" an die Spitze des Staates. Sie billigt die vom Premierminister vorgeschlagene Regierung und ernennt zugleich den Premierminister. Die Regierung soll die Ziele der FNR verwirklichen und hat sich vor ihr zu verantworten.

Unter dem Druck der Massen beteiligte die FNR auch andere Parteien an der Macht: Am 9. Februar wurde der Rat der Nationalen Einheit gegrün-

det. Bei dieser Gelegenheit verwandelte sich die FNR offiziell in eine "politische Körperschaft", was sie schon immer war, die an den viel zu kurzfristig angesetzten Wahlen (20. Mai) teilnehmen wird. Ihre Erfolgchancen liegen nach "România Libera" bei ca. 90%. Das läßt sich u.a. dadurch erklären, daß die FNR einen viel besseren Zugang zu den Medien hat und daß sie im Rat der Nationalen Einheit das Sagen hat (Ilescu wurde zum Vorsitzenden gewählt). Außerdem hat sie schon in den meisten Ortschaften untergeordnete Räte als "Organe der lokalen Staatsmacht" gegründet. Die Infrastruktur der anderen 34 Parteien ist unvergleichlich schlechter. Die FNR will mit dem Gesetzentwurf für die Wahl des Parlaments dafür sorgen, daß das auch so bleibt, indem sie eine finanzielle Unterstützung der Parteien durch das Ausland verbietet.

"Verbot der finanziellen Unterstützung der Parteien durch das Ausland"

Dem Bild einer "pluralistischen, demokratischen Regierungsform, basierend auf freien Wahlen" aus demselben Gesetzentwurf steht die Behauptung des Staatschefs Ilescu und des Premiermi-

nisters Roman gegenüber in der sie ein Mehrparteiensystem als überholt und das rumänische Volk als noch nicht reif für die Demokratie bezeichnen.

"Noch nicht reif für die Demokratie"

Als Protest gegen die Politik der FNR sind mehrere Persönlichkeiten ausgetreten, die zur Zeit des Ceauşescu-Regimes unter Repressalien gelitten haben. Die "maskierten Kommunisten", wie Doina Cornea (ehemaliges FNR-Mitglied) sagt, wurden auch nach der Gründung des Rats der Nationalen Einheit nicht von ihren Spitzenpositionen verdrängt.

Ein alter rumänischer Spruch besagt, daß der Wolf sein Fell wechselt, nicht aber seinen fehlerhaften Charakter. Iliescu selbst gehörte früher auch zu dem Rudel Ceauşescus. Er studiert zu stalinistischen Zeiten in Moskau und unterrichtete "Sozialismus" an der Uni in Bukarest. Kein Wunder, daß ihm die Demokratie nicht so gut gefällt wie ein System, das nach dem Prinzip "alle für einen, einer führt alle" funktioniert. Es ist auch kein Wunder, daß ein großer Teil der deutschen Minderheit auf gepackten Koffern sitzt. Die nationalen Minderheiten waren bei der Gründung des Rats der Nationalen Einheit nicht vertreten. Das mag u. a. eine Erklärung für das Gefühl sein, das in

einem Leserbrief einer rumänien-deutschen Zeitung folgendermaßen ausgedrückt wird: "Im Endeffekt gehören wir gar nirgends hin. Ich kann nicht behaupten, daß das westdeutsche Volk uns mit offenen Armen empfängt, aber ich kann auch nicht behaupten, daß das rumänische Volk uns unbedingt haben will." Hierzu muß noch gesagt werden, daß sich die Konflikte zwischen den Nationalitäten verschärft haben. Anderswo ist zu lesen, daß "diejenigen, die auswandern wollten längst nicht mehr da sind. Hier sind nur noch die, die auswandern müssen".

"Vor einer Vermischung bewahren"

"Damit die deutsche Kultur in Rumänien erhalten bleibt, müßte man die Deutschen vor einer Vermischung mit den Rumänen und Ungarn bewahren". Eine solche Position ist chauvinistisch und nationalistisch und führt zu einer Verschärfung der Konflikte zwischen den Nationalitäten. Es ist praktisch unmöglich so etwas wie ein (zumindest kulturelles) "Reservat" für die Deutschen zu schaffen, sodaß Auswandern vielen als einzige Möglichkeit erscheint. Ein anderer Teil der deutschen Minderheit ist der Meinung, daß man versuchen sollte das wieder aufzubauen, was in der Zeit der Ceauşescu-Diktatur zerstört wurde. Das Demokratische

Forum der Deutschen, was keine Partei darstellt. Es fordert u. a. eine "kulturelle Autonomie" im Sinne einer "Selbstbestimmung in kulturellen Dingen" und eines "Mitspracherechtes in schulischen Fragen". Einer Vertretung dieses Forums wird der Zugang zum Parlament gesichert. Diese Minderheit kann aber nicht ohne besonderen Schutz überleben. D. h. "wir sind ja auf Hilfe angewiesen!". Es spricht viel für und gegen die beiden Positionen. Dabei ist aber auch Hilfe aus dem Ausland gemeint. Bundesaußenminister Genscher hat sich bereit erklärt sowohl den Bleibenden, als auch den Auswanderern zu helfen. Man sollte den Menschen die Freiheit lassen, selbst zu entscheiden, was für sie richtig ist: zu gehen oder zu bleiben. Sie tun es aus dem selben Grund, ihre kulturellen Eigenheiten zu bewahren, wozu jeder Mensch das Recht hat.



QUELLENANGABE

Den Deserteuren im Krieg

Kaum eine Diskussion im Bereich der kommunalen Friedenspolitik hat die NürnbergerInnen so bewegt wie die Diskussion über ein Denkmal für die Deserteure im Krieg. Nicht nur das Militär und die kalten Krieger regen sich darüber auf, auch viele ältere Menschen, angeblich im Glauben ihr Vaterland verteidigt zu haben, können diese Initiative nicht mehr nachvollziehen. Wie kam es zu dieser Idee und was steckt dahinter?

Das Bewußtsein, daß die eigentlichen Helden der Kriege diejenigen waren, die versuchten sich diesem zu entziehen, ist noch nicht sehr alt, geschweige denn für eine breite Öffentlichkeit zugänglich gemacht worden. Noch immer lehren Schulbücher, das Geschichtsbewußtsein und die Realität der überall aufgestellten Kriegerdenkmale, die zu achten, derer zu gedenken, die im Krieg für denselben ihr Leben gaben, bzw. sich als Kriegsführer siegreich bewährt haben. Da Kriege meist mit der Duldung der Mehrheit geführt wurden, werden Deserteure noch immer als Verbrecher gegen das herrschende Gesetz angesehen.

Die Entscheidung des Individuums gegen den Krieg wurde zu keiner Zeit akzeptiert. Heute gibt es immer mehr Menschen, die in jedem Krieg ein zutiefst unmenschliches Verbrechen sehen und daß die Fahnenflucht damals für viele die einzige Möglichkeit war, sich der aktiven Teilnahme an den größten Perversionen der Menschheit zu entziehen.

Diese Verweigerung beinhaltet meistens eine tiefe, bis zur Selbstaufopferung gehende Menschlichkeit, deren sich kein Kriegsherr rühmen konnte. So ist ein Denkmal, das den Deserteuren der Kriege gewidmet ist, auch ein Mahnmal zum lebensbejahenden Humanismus, das nicht dem in den Krieg getriebenen "passiven" Soldaten, sondern dem bewußten Kriegsdienstverweigerer ehrt. Gerade wir in Deutschland haben die Verpflichtung, Deserteure durch ein Denkmal zu rehabilitieren, denn nie zuvor hat es in einem Krieg an einer Front dieses Ausmaß an, als Deserteure hingerichteter Soldaten gegeben, wie in der Zeit von 1939-45 an der deutschen Front.

In Nürnberg haben die Grünen einen Antrag auf Errichtung eines Deserteurdenkmals gestellt, um die Diskussion zu diesem Thema anzuregen. Für sie wäre der Luitpoldhain ein geeigneter Standort, wo auch ein Denkmal für die Opfer der Zwangsarbeit errichtet werden soll. Die SPD hält den Vorschlag "nicht für falsch" (J. Fischer), befürcht-

tet aber, daß das Deserteurdenkmal ein Problem für Soldaten werden könnte, die nicht den Mut zur Verweigerung fanden und ebenfalls gelitten haben.

Dabei "geht es eben nicht darum, über Soldaten den Stab zu brechen" (Murawski). Vielmehr soll es zeigen, daß es nichts schändliches ist, den Krieg zu verweigern, sondern zutiefst menschlich und human.

Wenn dann in Leserbriefen in der NN und NZ nach Hillgruber argumentiert wird, daß die Wehrmacht an der Ostfront schließlich das dt. Volk vor den Verbrechen der Roten Armee verteidigt hat und seitens der CSU von "Verrätern und Pflichtverletzern" (Scholz) gesprochen wird, dann scheint es nicht ins Bewußtsein dieser kalten Krieger gedrungen zu sein, daß die Wehrmacht die Verfolgung und den millionenfachen Mord an Juden, Roma und Sinti, Antifaschisten, Homosexuellen und Pazifisten ermöglicht hat. Zivilcourage, d. h. sich gegen ungerechte Normen oder Befehle hinwegzusetzen ist ein zeitloses Defizit, nicht

nur in unserer Gesellschaft. Wen sollen die Deserteure denn verraten haben? Das Volk, das Reich, den Führer? Ist es denn sinnvoll jemandem Pflichtverletzung vorzuwerfen, wenn es die Pflicht ist, Nachbarvölker zu überfallen und Europa in Schutt und Asche zu legen? Soll das eine "Verteidigung des Vater-

landes" gewesen sein? Wenn Herr Scholz (CSU) den Grünen vorwirft, sie hätten ein völlig anderes Wertesystem, so muß er sich doch fragen lassen, ob für ihn Pflichterfüllung ein höherer Wert ist als Menschlichkeit, Frieden und Freiheit. Die Errichtung des Denkmals soll kein Vorwurf an die sein,

die gegen ihren Willen gezwungen wurden zu Morden, aber nicht den Mut fanden sich zu wehren. Vielmehr ist es der Sinn dieses Denkmals, derer zu gedenken und die zu honorieren, die unter lebensgefährlichen Umständen die Courage hatten, der Kriegsmaschinerie zu entfliehen.

Stefan P.

... noch das System überwinden?

Einladung zur Grundsatz-Arbeitgruppe

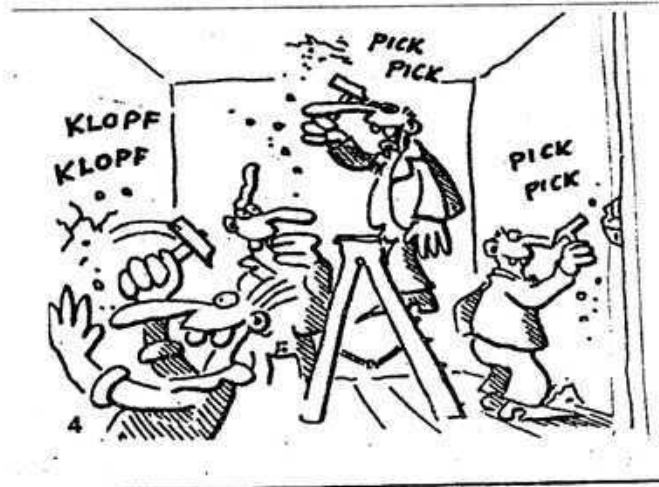
Uns stinkt natürlich einiges am Staats- bzw. Wirtschaftssystem der BRD. Die Umweltzerstörung, das Patriarchat, die antidemokratischen Elemente in der Gesellschaft wie Militär, Polizei oder die Verfügungsgewalt von wenigen über Produktionsmittel, die Leistungsgesellschaft in der soziale Verlierer als minderwertig gelten, die Rüstung, die Chancengleichheit in der Bildung, Rassismus und Nationalismus, u.v.m.

Wir haben kein einheitliches Konzept oder eine Ideologie zur Systemveränderung, nicht zuletzt deshalb, weil es keine existierende Alternative gab und gibt, mit der wir uns anfreunden können. Unsere Vorstellungen reichen von einer ökologisch-sozialen Marktwirtschaft in einer um ein ganzes Stück demokratischeren Gesellschaft, über ein Genossenschaftsmodell bis hin zum demokratischen

Sozialismus.

Wir haben vor, das Thema "Systemüberwindung?!" als Schwerpunktthema der nächsten LIBERTA zu nehmen. Um uns vorzubereiten und es möglichst breit zu diskutieren laden wir zu einer offenen Grundsatz AG ein. Jeder der/die uns nahesteht oder nur so das Thema dis-

kutieren will, ist hierzu eingeladen. Die AG tagt zum ersten mal am 20.3. um 19.30 Uhr und dann jeden Dienstag, mindestens bis Mai '90 in unserem Turm, Spittlertormauer 5, 8500 Nürnberg 1, Tel.: 208041. Wir hoffen auf eine undogmatische und konstruktive Diskussion.



Wir hauen auf den Putz !

Gegen das geplante Gengesetz

... aber nicht nur dagegen, sondern für eine ausführliche Diskussion über die Forschung und Produktion in der Gentechnik wollen wir uns in einem Aktionsbündnis einsetzen.

Wir wollen Informationen über den geplanten Gesetzentwurf verbreiten und nach Möglichkeit verhindern, daß er am 11. Mai vom Bundesrat abgesegnet werden. Zwei Tage später sind Landtagswahlen in Niedersachsen, wobei die Koalition dadurch offenbar einen Wechsel der Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat befürchtet.

Das Bündnis will sich auch mit gentechnischen Anlagen

und Vorhaben im Raum Nürnberg befassen und über bestehende und mögliche Risiken aufklären.

Das geplante Gengesetz
Der Gesetzentwurf wird den Problemen und Risiken der Gentechnik in keinsten Weise gerecht. Die Folgen eines Unfalls sind u.U. räumlich und zeitlich unbegrenzt, da niemand Bakterien wieder einsammeln kann. Sie können sich über sehr

große Gebiete verteilen und weitervermehren. Die Wahrscheinlichkeit eines solchen Unfalls ist zwar gering, die Folgen aber nicht abschätzbar.

Wer mehr Informationen zu diesem Thema haben möchte und/oder im Aktionsbündnis mitarbeiten will, wende sich an uns. Adresse siehe Impressum.

Gentechnik gilt als Sammelbegriff für Anwendungsmöglichkeiten mikrobiologischer Verfahrensweisen in der:

- Landwirtschaft:

- Tierproduktion, z.B. das Riesenschwein, das mit Hilfe eines zusätzlichen Wachstumsgens die zwei- bis dreifache Größe eines normalen Schweins erreicht aber sehr viel anfälliger ist und kaum stehen kann.
- Milchproduktion. Gentechnisch hergestellte Rinderwachstumshormone steigern die Milchleistung um 30-40%, machen die Tiere aber krankheitsanfälliger und lassen die Milchqualität zuweilen sinken.
- Pflanzenproduktion, z.B. gentechnisch verändertes Saatgut, das gegen Totalherbizide, das sind "Unkrautbekämpfungsmittel", die so ziemlich allen Kräutern, Gräsern und Nutzpflanzen den Garaus machen, resistent ist. Dieses Saatgut wird zusammen mit dem betreffenden Herbizid verkauft. Die Anwender eines solchen Pakets geraten in Abhängigkeit der Konzerne, denn die im Boden verbleibenden Rückstände des Herbizids machen es notwendig auch weiterhin behandeltes Saatgut zu kaufen.

- Medizin

- Gentechnische Produktion von Humaninsulin. Der Bedarf kann auch ohne Einsatz gentechnischer Methoden gedeckt werden.
- AIDS- und Krebsforschung. Hier wird mit fragwürdigen Erfolgsaussichten bei kaum abgeschätzten Risiken Forschung betrieben. Andererseits darf man auch die Möglichkeit nicht außer Acht lassen, daß die Hoffnung die Betroffene in diese Forschung setzen nicht ganz unberechtigt ist.

- Humangenetik

- Pränatale Diagnostik (vorgeburtliche Untersuchung des Erbguts). Es besteht die Gefahr, daß rassistische und eugenische Tendenzen die Akzeptanz gegenüber Behinderten und deren Eltern weiter sinken lassen, obwohl nur ca. 5% der Behinderten aufgrund ihres Erbguts behindert sind.
- Screening Tests (Untersuchungen des Erbguts auf Anfälligkeit für "Erb- und Berufskrankheiten"). D.h. es werden ArbeitnehmerInnen und VersicherungskundInnen aufgrund ihres Erbguts "ausgelesen".

Die Vielzahl der Anwendungsmöglichkeiten macht klar, daß alle von Gentechnik betroffen sind.